

A8 Leitantrag: Wem gehört die Stadt?

Gremium: Landesvorstand GRÜNE JUGEND BERLIN
Beschlussdatum: 08.03.2025
Tagesordnungspunkt: 10. Leitantrag

Antragstext

- 1 Wenn man sich in Berlin umschaute, fragt man sich schnell: Für wen wird hier
2 eigentlich noch Politik gemacht? Für die Bewohner:innen unserer Stadt – oder
3 doch für Konzerne und reiche Investor:innen? Der Berliner Senat spart als erstes
4 an sozialen und kulturellen Einrichtungen, setzt den Volksentscheid “DWE & Co.
5 enteignen” nicht um, wodurch der Wohnungsmarkt immer noch einem Spießrutenlauf
6 gleicht. Jungen Menschen werden systematisch die Räume genommen, während
7 Wohnraum zum Spekulationsobjekt verkommt.
- 8 Als GRÜNE JUGEND Berlin werden wir dem Ausverkauf der Stadt nicht tatenlos
9 zusehen. Auf unserer Landesmitgliederversammlung “Wen gehört die Stadt”
10 beschäftigen wir uns damit, wie wir unsere Stadt wieder zurückholen können!
- 11 Wohnen ein Grundrecht – Wir sagen Spekulation den Kampf an!
- 12 Berlin ist längst zum Spielball von Investor*innen und Konzernen geworden, die
13 mit Wohnraum spekulieren, während immer mehr Menschen unter steigenden Mieten
14 und Verdrängung leiden. Die Konsequenz: Menschen mit geringem Einkommen,
15 Studierende, Azubis und Obdachlose werden systematisch aus der Stadt verdrängt,
16 während Luxussanierungen und Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen die
17 soziale Spaltung weiter verschärfen.
- 18 Doch diese Krise ist kein Naturgesetz – sie ist politisch gemacht. Statt sich
19 den Profitinteressen der Immobilienwirtschaft zu unterwerfen, braucht Berlin
20 endlich eine radikale Wende hin zu einer sozialen und gerechten Wohnungspolitik.
21 Der Schutz bestehender Mietverhältnisse muss oberste Priorität haben. Wir
22 fordern daher einen sofortigen Mietstopp nach Münchner Vorbild für sechs Jahre
23 mit anschließender Prüfung auf Verlängerung. Auf Bundesebene braucht es einen
24 Mietendeckel nach Berliner Vorbild.
- 25 Doch es reicht nicht, den Mietenwahnsinn nur einzudämmen – der Wohnungsmarkt
26 muss grundsätzlich neu ausgerichtet werden. Berlin braucht eine
27 Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne wie Deutsche Wohnen & Co. Wir
28 fordern den schwarz-roten Senat auf den Volksentscheid Deutsche Wohnen Co.
29 enteignen umzusetzen und fordern weitergehende rechtliche Prüfungen von weiteren
30 Möglichkeiten von Vergesellschaftung. Nur so kann sichergestellt werden, dass
31 Wohnraum nicht länger als Spekulationsobjekt dient. Gleichzeitig dürfen keine
32 öffentlichen Wohnungen mehr privatisiert werden – langfristig müssen mindestens
33 70 % des Wohnraums in landeseigener oder genossenschaftlicher Hand sein.
34 Landeseigene Unternehmen müssen demokratisiert, beispielsweise durch
35 Mieter*innenbeiräte, werden.
- 36 Leerstand und spekulativer Wohnungsbesitz müssen konsequent bekämpft und
37 sanktioniert werden. In einer Stadt in der Wohnraum knapp ist, darf es keinen
38 Leerstand geben. Gebäude, die über sechs Monate leer stehen, sollen
39 vergesellschaftet und für soziale Wohnprojekte genutzt werden.

40 Schließlich muss auch der Neubau endlich am Bedarf ausgerichtet werden, anstatt
41 den Immobilienmarkt weiter mit Luxuswohnungen zu füttern. Landeseigene
42 Wohnungsunternehmen müssen verpflichtet werden, ihre Neubauplanung langfristig
43 an soziale Bedarfe anzupassen.

44 Bei der Neuvermietung von Gewerbeflächen der LWUs sind Organisationen der Freien
45 Wohlfahrtspflege prioritär zu berücksichtigen. Träger aus der freien Wohlfahrt
46 haben bei der Anmietung von Gewerbeflächen immer Vorrang vor potenziellen
47 Mietern aus der Privatwirtschaft. Als Eigentümer und Gesellschafter der LWUs
48 setzt das Land Berlin in diesem Zusammenhang ein Verfahren auf, das rechtssicher
49 gewährleistet, dass die Gewerbemieten für Träger der Freien Wohlfahrt einem
50 eigenen Leistbarkeitsprinzip unterliegen. Auch die Umwandlung von Gewerbeflächen
51 in Wohnraum muss erleichtert werden, damit ungenutzte Bürogebäude nicht weiter
52 leer stehen, während tausende Menschen eine bezahlbare Wohnung suchen.

53 Wohnungs- und Obdachlosigkeit sind keine individuellen Schicksale, sondern das
54 direkte Ergebnis einer kapitalistischen Wohnungspolitik, die Profite über
55 Menschen stellt. Während Immobilienkonzerne mit Wohnraum spekulieren und
56 tausende Wohnungen bewusst leer stehen lassen, werden immer mehr Menschen aus
57 ihren Wohnungen verdrängt oder finden erst gar keinen Zugang zu sicherem
58 Wohnraum. Diese Krise ist politisch gemacht – und sie kann nur politisch gelöst
59 werden!

60 Wir fordern daher das Verbot von Zwangsräumungen, den massiven Ausbau von
61 Housing First-Projekten, ausreichende Ausstattung und Unterstützung von
62 Notunterkünften, die langfristige Perspektiven bieten - dazu gehört
63 psychologische Betreuung, medizinische Versorgung, Dolmetschangebote und
64 Unterstützung beim Übergang in eine dauerhafte Wohnsituation.

65 Wir verurteilen die Vertreibung von Menschen in der Obdachlosigkeit durch
66 Polizei, Ordnungsamt und Bahn aufs Schärfste!
67 Kälte und mit dem Klimawandel auch zunehmend Hitze konfrontieren Obdachlose in
68 Berlin mit besonderen Problemen. Es braucht dringend Kälte- und
69 Hitzeschutzpläne und deren konsequente Umsetzung - Ausbau von Kälte- und
70 Hitzebussen, flächendeckende Verfügbarkeit von Wasserspendern, Verfügbarkeit von
71 öffentlichen Orten zum Abkühlen bzw. Aufwärmen sowie kostenlose Versorgung.
72 Menschenfeindliche Architektur soll sofort zurückgebaut werden.
73 Es braucht insbesondere Schutz für marginalisierte Gruppen - das bedeutet
74 geschützte Unterkünfte, gezielte Unterstützungsangebote und Schutzkonzepte.

75 Die Ursache ist systemisch: Das repressive Asyl- und Aufenthaltsrecht treibt
76 Menschen in die Illegalität und so auf die Straße. Wir brauchen ein offenes und
77 menschenrechtsorientiertes Migrationsrecht, um Menschen den Weg in Wohnungen und
78 soziale Unterstützung zu ebnen. Wir brauchen ein menschenwürdiges Sozialsystem,
79 das Wohnungs- und Obdachlosigkeit verhindert. Wohnen ist ein Menschenrecht - und
80 das gilt für alle.

81 Berlin gehört nicht den Investor*innen – Berlin gehört uns allen! Es ist höchste
82 Zeit, den Wohnungsmarkt dem Kapital zu entreißen und Wohnen wieder als
83 Grundrecht durchzusetzen.

84 Jugend braucht (T)Räume – Tempelhofer Feld, Wuhlheide, Emmauswald und queere
85 Jugendclubs erhalten!

86 Jugendliche benötigen Räume, in denen sie sich entfalten, treffen und ihre
87 Freizeit gestalten können – und das ohne Geld zu zahlen. In Berlin sind das
88 Tempelhofer Feld, die Wuhlheide und der Emmauswald wichtige, konsumfreie Orte
89 für junge Menschen. Zudem bieten queere Jugendclubs unverzichtbare Rückzugsorte
90 und Anlaufstellen für LGBTQIA*-Jugendliche. Diese Räume sind jedoch durch
91 städtische Entwicklungspläne und finanzielle Kürzungen bedroht.

92 Das Tempelhofer Feld bleibt in seiner Gesamtheit als öffentlich zugänglicher
93 Freiraum erhalten. Jegliche Bebauungspläne werden abgelehnt, um die Bedeutung
94 des Feldes als Erholungs- und Freizeitfläche für Jugendliche zu sichern.

95 Die Wuhlheide wird als naturnaher Erholungsraum geschützt und wir fordern den
96 Erhalt. Außerdem sind wir gegen den Bau der Tangentialen Verbindung Ost, welcher
97 einen großen Teil der Wuhlheide zerstören würde.

98 Der Emmauswald wird vor jeglicher Bebauung bewahrt, um seine Funktion als grünen
99 Rückzugsort in Neukölln zu erhalten.

100 Die Kürzungen bei den queeren Jugendzentren verurteilen wir. Queere Jugendclubs
101 müssen finanziell und strukturell unterstützt werden, um ihre wichtige Arbeit
102 für queere Jugendliche fortsetzen zu können.

103 Zusätzlich fordern wir weitere konsumfreie Freiräume für Jugendliche,
104 insbesondere in dicht besiedelten Stadtteilen, um dem Bedarf an Treffpunkten und
105 Freizeitmöglichkeiten gerecht zu werden. Wir fordern, dass Jugendliche aktiv in
106 die Planung und Gestaltung von Freiräumen miteinbezogen werden, um
107 sicherzustellen, dass ihre Bedürfnisse und Wünsche berücksichtigt werden.

108 #unkürzbar – Gegen die schwarz-rote Sparpolitik und den Ausverkauf unserer
109 Demokratie

110 Die schwarz-rote Koalition in Berlin streicht Gelder in genau den Bereichen, die
111 jungen Menschen Perspektiven bieten: Bildung, Jugend, Kultur und
112 Demokratieförderung. Diese Kürzungen bedeuten weniger Räume für Begegnung,
113 weniger Möglichkeiten zur Mitbestimmung und weniger Chancen auf eine gute
114 Zukunft. Wer hier spart, zerstört die Grundlagen für ein solidarisches und
115 lebendiges Berlin.

116 Besonders hart trifft es Jugendclubs, politische Bildungsarbeit und
117 Schulsozialarbeit. Viele Jugendclubs stehen vor der Schließung, weil Gelder für
118 Sanierungen gestrichen wurden. In der Jugendarbeit fehlen bereits 50 Millionen
119 Euro – das bedeutet weniger Ferienfreizeiten und weniger Möglichkeiten für
120 Kinder und Jugendliche, sich unabhängig vom Geldbeutel der Eltern zu entfalten.
121 Besonders betroffen sind migrantische Jugendliche, die überdurchschnittlich oft
122 in finanziell prekären Verhältnissen leben. Wenn kostenfreie Freizeitangebote
123 gestrichen werden, trifft das besonders sie, da ihre Familien sich teure
124 Alternativen nicht leisten können. So wird soziale Ungleichheit weiter
125 verschärft und Teilhabe an Bildung und Kultur gezielt erschwert. Schüler*innen
126 aus sozial schwächeren Familien werden benachteiligt, weil Klassenfahrten und
127 außerschulische Angebote gekürzt werden. Während der Lehrkräftemangel immer
128 größer wird, will der Senat 100 Millionen Euro bei den Hochschulverträgen
129 einsparen – das sorgt dafür, dass noch weniger junge Menschen Lehramt studieren
130 können und der Personalmangel an Schulen weiter eskaliert.

131 Auch in der Kultur zeigt sich die soziale Kälte dieser Politik. Über 130
132 Millionen Euro Einsparungen bedeuten, dass viele Kulturprojekte, die jungen
133 Menschen einen Zugang zu Kunst und Kreativität ermöglichen, bedroht sind.
134 Musikschulen, die für viele Kinder oft der einzige bezahlbare Weg sind, ein
135 Instrument zu lernen, verlieren dringend benötigte Mittel. Immer mehr
136 Musiklehrerinnen wechseln den Beruf, weil sie keine sichere Anstellung bekommen
137 – damit verlieren Schülerinnen ihre Lehrkräfte und die Chance auf kulturelle
138 Bildung.

139 Besonders problematisch ist der Angriff auf Demokratie- und
140 Antidiskriminierungsprojekte. Der interkulturelle Verein KiGA e.V., der mit
141 Bildungsprogrammen gegen Antisemitismus und Rassismus arbeitet, steht vor
142 finanziellen Schwierigkeiten. Die muslimisch-jüdische Initiative „meet2respect“,
143 die mit Dialogformaten Brücken zwischen religiösen Gemeinschaften baut, verliert
144 ihre Förderung. Auch die Urania Berlin, ein zentraler Ort für gesellschaftliche
145 Debatten und politische Bildung, ist von Kürzungen betroffen. Gerade
146 migrantische Jugendliche profitieren von solchen Angeboten, da sie oft mehrfach
147 von Diskriminierung betroffen sind. Wer diese Programme streicht, nimmt ihnen
148 wichtige Schutzräume und macht es ihnen schwerer, sich gegen rassistische und
149 soziale Ausgrenzung zu wehren. Diese Angriffe auf Projekte, die aktiv gegen
150 Diskriminierung kämpfen, sind ein direkter Schaden für unsere Demokratie. Denn
151 wo Rassismus, Antisemitismus und Queerfeindlichkeit nicht bekämpft werden, dort
152 gewinnen rechte und reaktionäre Kräfte an Boden. Eine inklusive und vielfältige
153 Gesellschaft braucht starke Strukturen – genau die werden jetzt untergraben.

154 Diese Kürzungen sind nicht nur unsozial, sie sind auch gefährlich. Eine
155 Gesellschaft, die ihren Jugendzentren, Kulturangeboten und Demokratieprojekten
156 den Hahn abdreht, überlässt Jugendlichen Frustration und Perspektivlosigkeit.
157 Rechtsextreme und andere demokratiefeindliche Kräfte nutzen genau diese Lücken
158 aus: Wo der Staat sich zurückzieht, gewinnen sie an Einfluss. Wenn politische
159 Bildungsarbeit gekürzt wird, fehlt jungen Menschen das Rüstzeug, sich gegen
160 rechte Hetze zu wehren. Wenn Jugendclubs und soziale Projekte schließen, suchen
161 sich junge Menschen andere Räume – und finden dort oft Angebote, die nicht für
162 Vielfalt und Demokratie stehen. Sparpolitik ist also nicht nur unsozial, sie
163 öffnet auch Tür und Tor für Rechtsruck und Extremismus.

164 Wir sagen: Das dürfen wir nicht zulassen! Berlin muss in seine Jugend
165 investieren – nicht in Kürzungen, sondern in Zukunft.

166 Unsere Forderungen:

- 167 • Rückgängigmachung aller Kürzungen im Bildungs-, Jugend-, Kultur- und
168 Demokratiebereich.
 - 169 • Sicherstellung der Finanzierung von Kinder- und Jugendarbeit,
170 Jugendsozialarbeit und Familienförderung – ohne Abstriche oder
171 Verzögerungen.
 - 172 • Garantierte tarifliche Bezahlung für freie Träger im sozialen Bereich.
 - 173 • Erhalt und Ausbau von Demokratieprojekten, insbesondere
174 Antidiskriminierungs- und politische Bildungsprojekte wie KiGA e.V.,
175 „meet2respect“ und die Urania Berlin.
 - 176 • Keine Streichungen bei den Hochschulverträgen – stattdessen ein
177 ambitioniertes Programm zur Ausbildung neuer Lehrkräfte.
 - 178 • Investition von mindestens 20 Millionen Euro in Musikschulen, um
179 Musikschullehrkräfte fest anzustellen und kulturelle Bildung für alle
180 zugänglich zu machen.
 - 181 • Keine Einsparungen im Kulturretat – stattdessen eine gezielte Förderung von
182 Kunst- und Kulturangeboten, insbesondere für die Freie Szene.
 - 183 • Aufhebung der Schuldenbremse auf Bundesebene, um notwendige Investitionen
184 in Bildung, Kultur und Soziales zu ermöglichen. Die Grünen dürfen dort
185 keine falschen Kompromisse machen!
- 186 Diese Kürzungen sind ein Angriff auf die soziale und demokratische Substanz
187 Berlins. Wir werden nicht zulassen, dass diese Stadt kaputtgespart wird. Es ist
188 Zeit für Widerstand gegen diese Politik – #unkürzbar!

Begründung

erfolgt mündlich.

Quellen:

<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2025/02/berlin-bildungssenatorin-kuerzung-geld-antisemitismus-bekaempfung-urania.html>

https://www.gew-berlin.de/presse/detailseite/wer-bei-bildung-jugend-und-hochschule-kuerzt-zahlt-am-ende-teuer-drauf?utm_source=chatgpt.com

https://www.linksfraktion.berlin/abgeordnete/franziska-brychcy/detail/schwarz-rot-spart-die-lehrkraeftebildung-kaputt-bedarfsgerechter-ausbau-der-lehrkraeftebildung-faellt-millionenschweren-kuerzungen-in-den-hochschulvertraegen-zum-opfer/?utm_source=chatgpt.com

https://www.tip-berlin.de/stadtleben/politik/kulturkuerzungen-2025-reaktionen-berliner-kulturszene/?utm_source=chatgpt.com

<https://taz.de/Kuerzungen-im-Jugend--und-Sozialbereich!/6050124/>

<https://ljrberlin.de/kuerzungen-und-kein-ende-blutet-berlin-die-jugendarbeit-aus>

<https://www.berliner-kurier.de/berlin/musikschulen-desaster-18-000-kinder-bald-ohne-gitarre-geige-und-co-li.2269813>

<https://www.rbb24.de/kultur/beitrag/2025/02/musikschulen-berlin-musikschullehrer-freiberuflich-herrenberg-ur.html>